

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bäuerinnen und Bauern,

„Es muss erst schlechter werden, damit es wieder besser wird.“ Dass mein Satz so schnell oder jemals zur Realität wird, hätte ich nicht gedacht und auch nicht wirklich gewollt. Aber das Spiel, das man zuletzt mit unseren Bäuerinnen und Bauern gemacht hat, ist nun vorbei. Bereits jetzt wird Andersdenkenden und Kritikern klar, wie wichtig eine deutsche und europäische Lebensmittelerzeugung und -versorgung ist. Das ist unsere Chance!



Der Abgabetermin für den **Mehrfachantrag** wird definitiv verschoben. Die Lockerung von Vor-Ort-Kontrollen wird in diesem Zusammenhang nicht nur diskutiert, sondern es wird nach praktikablen Lösungen mit der EU-Kommission gesucht. Das große Thema Saisonarbeitskräfte soll in einem breiten Mix gelöst werden. Das ist alles andere als einfach, zumal polnische **Saisonarbeitskräfte** aus Sorge um Quarantäne gar nicht erst kommen wollen oder Ungarn und Österreich als Transitländer für Rumänen die Durchreise erschweren bzw. verweigern. Daher wird in jede andere Richtung weitergedacht. Seit 25.03 2020 um 17:00 Uhr lässt Bundesinnenminister Horst Seehofer keine Saisonarbeitskräfte einreisen, trotzdem suchen wir mit ihm nach Lösungen bzw. Lockerungen weiter.

Die Gespräche im Bundeskanzleramt mit dem Deutschen Bauernverband und der Initiative „Land schafft Verbindung“ sind positiv verlaufen. Inhaltlich war man wohl sehr eng beieinander. Unser Bereich gehört definitiv zur sogenannten kritischen Infrastruktur. Insofern sollten wir uns in den nächsten Wochen die folgende Frage stellen: **„Was ist uns Landwirtschaft im eigenen Land wert?“** Denn wir können auf Vieles verzichten, aber nicht auf unser tägliches Essen. Deshalb kämpfe ich auch weiterhin für den Bauern „um die Ecke“ - ob Bio- oder konventionelle Erzeuger.

Dass die Land- und Forstwirtschaft die einzige Branche ist, die Sauerstoff erzeugt und Kohlenstoff bindet, ist bekannt. Aber selbst hier kämpfe ich darum, dass die europäische Landwirtschaft beim European Green Deal aufgrund von unterschiedlichen Interessenskonflikten nicht unter die Räder kommt. Über diese Arbeit möchte ich Sie in dieser Ausgabe meines Agrar-Newsletters informieren.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Euere



Marlene Mortler, MdEP

Corona-Pandemie: Unsere Lebensmittel sind sicher!

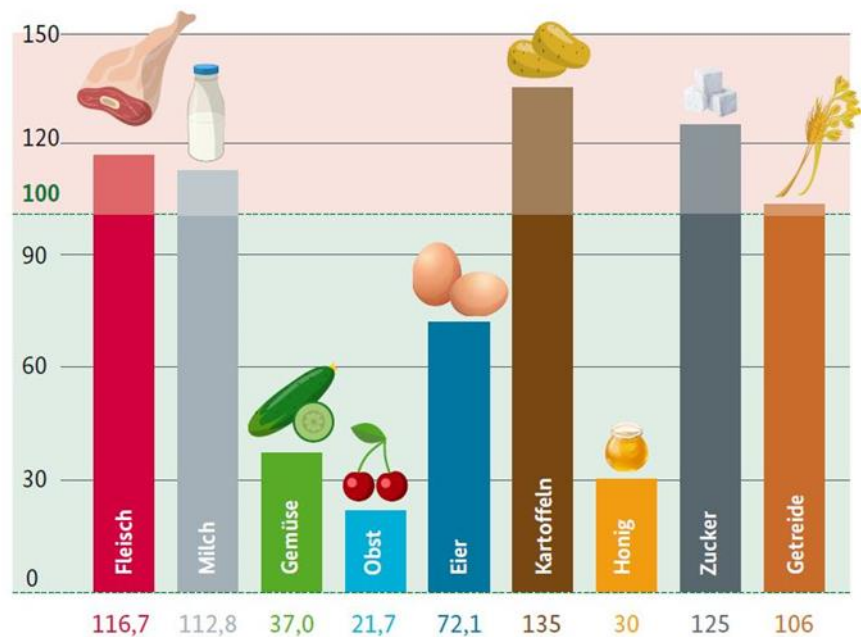
Seit Tagen erreichen das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Nachfragen, ob das Coronavirus durch importierte Nahrungsmittel übertragen werden kann und ob es in Deutschland zu Nahrungsmittelengpässen kommen könne. Derzeit gebe es keine Fälle, bei denen nachgewiesen ist, dass sich Menschen etwa über den Verzehr kontaminierter Lebensmittel oder durch importierte Bedarfsgegenstände mit dem neuartigen Coronavirus infiziert haben. Das BMEL rät, im Umgang die allgemeinen Regeln der Hygiene des Alltags einzuhalten. Des Weiteren drohen keine Versorgungsengpässe mit Nahrungsmitteln. Laut Information der Handelsketten sind die Lieferketten aktuell nicht unterbrochen oder gefährdet. Die Supermarktketten reagieren auf die verstärkte Nachfrage und stocken ihr Sortiment entsprechend auf.

Unsere Bäuerinnen und Bauern arbeiten tagtäglich daran, uns mit ausreichend und sicheren Lebensmitteln zu versorgen. Das gilt auch in Zeiten der Corona-Krise. Es gibt daher absolut keinen Grund, in Panik zu verfallen und Lebensmittel zu horten. Dank unserer Landwirte werden in Deutschland Grundnahrungsmittel in ausreichender Menge produziert und von der Ernährungsindustrie verarbeitet. Wir haben einen Selbstversorgungsgrad von über 100 Prozent zum Beispiel bei Kartoffeln, Käse, Frischmilchprodukten, Getreide oder Schweinefleisch. Und auch die Lieferketten sind noch weitgehend intakt, Warenlieferungen aus dem Ausland funktionieren nach wie vor reibungslos.

Im Gemüse- und Obstsektor haben wir in Deutschland jedoch einen sehr niedrigen Selbstversorgungsgrad. Hier könnte es eventuell zu Engpässen kommen, weil wir gerade einen Saisonarbeitskräftemangel erleben. Die Situation der Saisonarbeitskräfte, auf die wir dringend angewiesen sind, wird gerade durch die Corona-Pandemie erschwert. Einheimische Saisonarbeitskräfte stehen bis jetzt nicht ausreichend bzw. in qualifizierter Zahl zur Verfügung. Und auch von Fridays for Future-Aktivisten und Studenten haben wir bislang wenig Resonanz, die ja im Moment schulfrei bzw. Semesterferien haben. Um diesem Engpass entgegenzuwirken, wurde die Initiative „Das Land hilft“ ins Leben gerufen: Unter www.daslandhilft.de können Bürger in Kontakt treten, die aufgrund der aktuellen Lage Arbeitskräfte bzw. Arbeit suchen.

Die aktuelle Situation zeigt einmal mehr, wie wichtig die Lebensmittelversorgung im eigenen Land ist. Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und die flächendeckende Verfügbarkeit von Lebensmitteln sind für unser Land **systemrelevant**. Und wir alle - ob Landwirte oder Verbraucher - sitzen in einem Boot und tragen Verantwortung. Es gilt also, an einem Strang zu ziehen und dafür zu sorgen, dass in dieser Zeit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einerseits und die Wertschätzung für unsere heimische Landwirtschaft andererseits wieder zunehmen.

Der Selbstversorgungsgrad in Deutschland (in %)



Angaben für die Jahre 2016 bzw. 2017

Quelle: © BLE

Corona-Pandemie: Forderungen der EVP-Fraktion im Agrarsektor

Die EU-Mitgliedstaaten müssen alles tun, um sicherzustellen, dass die Direktzahlungen pünktlich ausgezahlt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Zahlungen aus der 2. Säule vor der Durchführung von Kontrollen rasch ausgezahlt werden, auch in Form von Vorauszahlungen. Wir brauchen in den kommenden Wochen eine genaue Marktbeobachtung. Bei Marktstörungen ist ein rasches Eingreifen erforderlich, insbesondere bei Frischprodukten, wie z.B. Milch, Gemüse und Obst. Mit Hinblick auf Ernährungssicherung in Europa muss die EU eine europaweite Image- bzw. Wertschätzungskampagne für europäische sichere und qualitativ hochwertige Agrarprodukte starten.

Wir fordern den raschen Abschluss der Verhandlungen über den **Mehrjährigen Finanzraum** mit der Garantie, dass dem Agrarsektor im Jahr 2021 mindestens das gleiche Budget zur Verfügung steht, wie im Jahr 2020. Jegliche Kürzungen des Budgets würden weitere Unruhe verursachen. Neue Gesetze und Strategien auf europäischer Ebene, die zu Anforderungen und Regelungen für die Landwirte führen, wie z.B. die europäische Strategie „Farm to Fork“ und die **Biodiversitätsstrategie**, sollten **verschoben** werden.

Wir brauchen spezielle Regelungen zur **Freizügigkeit von Saisonarbeitern** in der Landwirtschaft in Europa. Es darf zu keinen Einschränkungen für den Transport kommen, sowohl auf dem Binnenmarkt als auch für den Export, nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für die in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelverarbeitung notwendigen Produktionsmittel.

Die Erhöhung des Förderungsfonds zur Unterstützung der **Binnennachfrage** und zur Steigerung des Exports unserer Produkte sowie mehr Flexibilität bei der Anwendung von **Beihilferegelungen** sind dringend notwendig.

Düngerverordnung: Brief der CSU-Europagruppe vom 11. März 2020 an Kommissionspräsidentin von der Leyen

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin, liebe Ursula,

erlaube uns, Dich in einer wichtigen Angelegenheit erneut zu kontaktieren. Diese sorgt nicht nur bei unseren Landwirten für erheblichen Unmut, sondern kann - in Anbetracht der Coronavirus-Epidemie - zu einer Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und damit zu einer weiteren Verunsicherung der Bevölkerung beitragen: Die Umsetzung der Düngerverordnung in Deutschland. Gerade die Entwicklungen rund um die Ausbreitung des Coronavirus und ihre Konsequenzen sollten Anlass dafür sein, eine Lösung im Sinne der betroffenen Landwirte und der Verbraucher zu finden. Aufgrund eines andauernden Vertragsverletzungsverfahrens versucht die deutsche Bundesregierung derzeit eine Novelle der Düngerverordnung im Schnellverfahren umzusetzen. Allerdings sind bestimmte Teile der Verhandlungsergebnisse zwischen Bundesregierung und Kommission, insbesondere die aktuellen Ergebnisse von Ende Januar 2020, fachlich nicht haltbar und verwaltungstechnisch ohne eine Übergangsfrist nicht umsetzbar.

Der zeitliche Druck durch die Umsetzungsfrist von sechs Monaten, gepaart mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verunsicherung durch den Coronavirus, werden die Akzeptanz der Maßnahmen stark negativ beeinträchtigen, die Politikverdrossenheit in Deutschland befördern und insbesondere den Unmut der Bevölkerung gegen die EU schüren. Da bei der Umsetzung der Novelle der Düngerverordnung mit zahlreichen praktischen, vollzugstechnischen, politischen und rechtlichen Problemen zu rechnen ist, bitten wir Dich in erster Linie, Dich für eine Übergangsphase der nun zu beschließenden Novelle bis zum Düngerjahr 2021 einzusetzen. Zudem ist es dringend notwendig bei der Umsetzung zu berücksichtigen, was Landwirte überhaupt noch zu leisten im Stande sind. Deshalb appellieren wir eindringlich an die Kommission, bei den weiteren Verhandlungen mit Augenmaß zu agieren.

Besonders kritisch sehen wir zwei Maßnahmen:

- Die Absenkung der Düngung um 20% in sogenannten roten Gebieten. Auch unsere Gemüsebetriebe sind auf eine ausgewogene Versorgung angewiesen. Der Markt verlangt Qualitätsprodukte!
- Der Stichtag, bis zu dem die bedarfsgerechte Düngung - sogenannte Sommerdüngung - aller Zwischenfrüchte in roten Gebieten erfolgen soll. Wir fordern, diesen auf dem 1. September zu belassen. Dadurch kann nicht nur ein effektiver Erosionsschutz gewährleistet werden, welcher wiederum eine Minderung von Phosphateinträgen in Oberflächengewässer bewirkt, sondern auch dem Hochwasserschutz, der Sicherung des Humusgehalts im Boden als Klimaschutzmaßnahme und der Einsparung von Pflanzenschutzmitteln Rechnung getragen werden. Boden ist unser wichtigster Kohlenstoffspeicher weltweit!

Da unter der derzeitigen Nitrat-Richtlinie keine einheitliche, verlässliche und vergleichbare Messung der Nitratwerte in den EU-Mitgliedstaaten möglich ist, bitten wir Dich, die aktuelle Richtlinie zu überarbeiten bzw. eine Nitratverordnung ins Auge zu fassen. Wir brauchen in der EU einheitliche Messverfahren. Die Bundesrepublik ist nicht der einzige EU-Mitgliedstaat, der Schwierigkeiten mit der Umsetzung der Nitrat-Richtlinie hat. Faktoren und Parameter werden in den 27 Mitgliedstaaten unterschiedlich angewandt, umgesetzt und mitgeteilt. Um die

Voraussetzungen für alle Landwirte in der EU vergleichbar zu gestalten, bedarf es des Instruments einer Verordnung.

Unsere Landwirtschaft, insbesondere unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe sind auf verschiedenste Weise gefordert. Wir erleben Landwirte, die über Generationen hinweg ihr Land verantwortungsvoll bewirtschaften und qualitativ hochwertigste Lebensmittel erzeugen. Sie sind zudem der wichtigste und verlässlichste Partner beim Klimaschutz. Wollen wir die Lebensmittelversorgung in der EU aufrechterhalten, brauchen wir unsere Landwirte mehr denn je. Zu viele Landwirte wollen und können nicht mehr. Sie sind nur noch verzweifelt. Wir bitten Dich nochmals nachdrücklich, Dich dafür einzusetzen, dass der Landwirtschaft in diesen unsicheren und fordernden Zeiten die nötige Luft zum Atmen bleibt und das Höfesterben gestoppt wird.

Wir wissen, dass Du global denkst und handelst. In diesen turbulenten Zeiten muss es möglich sein, eine Übergangsphase der nun zu beschließenden Novelle bis zum Düngjahr 2021 vorzusehen, zumal diese fachlich geboten ist.

Mit freundlichen Grüßen

Marlene Mortler, Angelika Niebler, Manfred Weber, Markus Ferber, Monika Hohlmeier, Christian Doleschal

Düngerordnung: Wir brauchen ein stimmiges und nachvollziehbares Gesamtkonzept!

In dem Brief vom 27.03.2020 an die Abgeordneten der CSU-Europagruppe stellt **Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen** klar, dass bei der Düngerordnung eine Übergangsfrist bis zum 1. Januar 2021 gewährt wird. Das gilt aus unserer Sicht für die gesamte Verordnung.

Kommissionspräsidentin von der Leyen hat zurecht die außergewöhnlichen Umstände durch die Corona-Krise erkannt. Eine Übergangsfrist bis Anfang nächsten Jahres würde der heimischen Landwirtschaft eine Atempause verschaffen. Und die Bundesregierung kann dadurch die notwendigen Korrekturen am aktuellen Vorschlag vornehmen, der nach meiner Überzeugung nicht ausgereift ist.

Hierbei sind Fachleute gefragt, keine Ideologen. Pflanzen müssen mit der Nahrung versorgt werden, die sie brauchen. Außerdem muss es möglich sein, alle Zwischenfrüchte zu düngen, um damit Humus-Aufbau sicherzustellen. Wir brauchen einheitliche Messstellen und eine einheitliche Messstellen-Methodik, sowohl in Deutschland, als auch in Europa.

Vor allem brauchen wir aber ein stimmiges und nachvollziehbares Gesamtkonzept. Gerade in der aktuellen Situation schulden wir das unseren Bäuerinnen und Bauern! Sie haben momentan alle Hände voll zu tun, z.B. um genügend Helfer zu finden, die bei der anstehenden Spargelernte helfen. Ich will mir eine Saison ohne heimischen Spargel gar nicht vorstellen!

Ich freue mich, dass die Europäische Kommission die Bedenken der CSU-Europagruppe, die wir in den vergangenen Tagen und Wochen mehrmals klar kommuniziert haben, letztlich verstanden hat. Jetzt gilt es, auch auf Bundesebene die richtige Entscheidung zu treffen.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP): Aktueller Stand der Verhandlungen

Wir geben unser Bestes, um trotz der Corona-Maßnahmen intensiv an der aktuellen GAP-Reform zu arbeiten - das sind wir unseren Landwirten schuldig!

Der Ausgangspunkt der aktuellen GAP-Reform ist der im April vergangenen Jahres im Agrarausschuss angenommene Bericht sowie die entsprechende Stellungnahme des Umweltausschusses. Der Umweltausschuss darf die GAP-Reform mitbestimmen, hat aber geteilte Zuständigkeiten, was den Verlauf der Verhandlungen momentan eher schwierig gestaltet. Oft blockieren realitätsfremde und ideologische Ansichten der Mitglieder des Umweltausschusses die Beratungen mit dem Agrarausschuss. So möchte der Umweltausschuss beispielsweise den Bereich „Erneuerbare Energie“ aus den Zielen der GAP-Reform streichen, was für uns im Agrarausschuss nicht sinnvoll und nicht realistisch erscheint. In mehreren Sitzungen habe ich sehr deutlich gemacht, dass gerade Erneuerbare Energie für die von der EU-Kommission angestrebten Klimaneutralität bis 2050 unabdingbar sind.

Es ist daher gut, dass eine kleine Anzahl von Artikeln in die ausschließliche Zuständigkeit des Agrarausschusses fällt, wie z.B. „Aktiver Landwirt und Risikomanagement“. Ich setze mich entschieden dafür ein, dass die Beschränkung der Direktzahlungen auf „Aktive Landwirte“ keine verpflichtende Regelung bleibt und einzelnen Mitgliedstaaten überlassen wird, so wie es in der bestehenden Omnibus-Verordnung beschlossen wurde. Es besteht sonst die Gefahr, dass gerade Nebenerwerbslandwirte, die sich ein zusätzliches Standbein zur wirtschaftlichen Absicherung ihrer Betriebe geschaffen haben, benachteiligt werden.

Wir versuchen nun aktiv, für die gesamten Texte der drei GAP-Verordnungen (Strategiepläne, Gemeinsame Marktordnung und Finanzierung bzw. Horizontale Verordnung) einen breiten Kompromiss zu erreichen, der eine Mehrheit im Plenum sichern kann. Dies ist für einige Artikel leichter, für andere schwieriger.

Auch wenn wir derzeit nicht in der Lage sind, uns zu treffen und physisch zu verhandeln, haben wir ein schriftliches Verfahren auf technischer Ebene eingerichtet, um unsere Sitzungen zur GAP-Reform so weit wie möglich vorzubereiten.

Meiner Ansicht nach müssen wir bereit sein darüber zu diskutieren, die laufende Agrarreform aus Gründen der Verlässlichkeit und Planungssicherheit weiterlaufen zu lassen bzw. zu verschieben. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden abgebaut werden. Dies wäre ein starkes Zeichen für unsere Bäuerinnen und Bauern, die in diesen herausfordernden und turbulenten Zeiten mehr denn je Vertrauen und Stabilität und nicht schon wieder mehr Regelungen brauchen.

Internationaler Tag des Waldes: Wald ist schützens- und nützenswert!

Der Wald ist eine der wichtigsten Ressourcen, die wir haben. Er ist Lebensraum für unzählige Tiere und Pflanzen, bindet CO₂ und produziert Sauerstoff, speichert und filtert Wasser, bietet Millionen von Menschen einen Arbeitsplatz und Erholungsmöglichkeiten. Unsere Wälder sind daher natürlich schützenswert und nützenswert.

Leider wirken sich der Klimawandel und die damit verbundenen klimatischen Extreme wie Dürre oder Stürme bereits extrem auf die Wälder in Europa aus. Deshalb muss die EU-Politik den Wald ganz oben auf die Agenda setzen. Wir müssen gemeinsam nach Lösungen suchen und unsere Anstrengungen bündeln. Die Schaffung klimatoleranter Wälder durch den Waldumbau und die

nachhaltige Waldbewirtschaftung können einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Wälder leisten.

Wenn wir in Deutschland auch in Zukunft noch nachhaltig bewirtschaftete Wälder haben wollen, dürfen wir unsere zwei Millionen Waldeigentümer nicht mit immer neuen Auflagen und Schutzmaßnahmen gängeln. Anstatt auf die Aussagen von gewinnorientierten Naturschutzverbänden zu hören, die im Extremfall jegliche Nutzung des Waldes untersagen wollen, sollten sich Staat und Gesellschaft auf die Erfahrung der Experten aus der Forstwirtschaft verlassen. Wir brauchen auch hier Maß und Mitte.

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung kann einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Energieziele der EU im Bereich der erneuerbaren Energien leisten. Holz ist der wichtigste erneuerbare Rohstoff und die bedeutendste erneuerbare Energiequelle in Europa. Diese Stärke Europas muss weiter gefördert und nicht durch ideologische Tendenzen geschwächt werden. Gerade im Hinblick auf die EU-Waldstrategie der Kommission, die am Ende 2020 zu erwarten ist, müssen diese Ziele Priorität haben.

Weltwassertag: Wassersektor muss sich an die neuen klimatischen Bedingungen anpassen

Der „Weltwassertag“ wurde im Jahr 1992 von der UN-Generalversammlung in einer Resolution beschlossen und findet seitdem jedes Jahr am 22. März statt. In diesem Jahr steht der Weltwassertag unter dem Motto „Wasser und Klimawandel“. Damit möchten die Vereinten Nationen zeigen, wie eng die Themen Wasser, Natur und Klimawandel verzahnt sind.

Wasser ist nicht nur ein Allgemeingut. Vielmehr ist Wasser die Grundlage des menschlichen Lebens. Wir setzen uns daher auf EU-Ebene laufend gegen die Privatisierung des Wassers ein und fordern, dass die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand bei den Kommunen bleibt. Besonders kritisch ist die privatisierte Wasserversorgung in Chile. Chile ist das einzige Land der Welt, in dem die Wasserversorgung zu beinahe 100 Prozent privatisiert ist. Gerade in schweren Dürreperioden leiden Kleinbauern unter den Folgen der privatisierten Wasserversorgung. Wasser gilt demnach als frei handelbare Ware unabhängig vom Landbesitz. Deshalb konzentrieren sich die Wasserrechte mittlerweile in den Händen weniger Großunternehmen aus dem Agrar-, Bergwerks und Forstwirtschaftssektor. Dabei sollte Wasser ein Menschenrecht sein - und kein Geschäft.

Gerade den Landwirten ist viel daran gelegen, unsere natürlichen Ressourcen zu schonen. Die vergangenen trockenen Sommer haben gezeigt, dass auch ein wasserreiches Land wie Deutschland vor Veränderungen steht. Das bedeutet für den Wassersektor, dass er sich an die neuen klimatischen Bedingungen anpassen muss. Dazu muss zum Beispiel der Druck auf die Wasserressourcen - insbesondere in Regionen mit Wasserknappheit - mit einem effizienteren Umgang deutlich verringert werden. Der zukünftige Wasserverbrauch kann zum Beispiel mit einer verstärkten Regenwassernutzung zur Bewässerung, mit geänderten Bewirtschaftungsmethoden in der Landwirtschaft oder neuen Regenwasserspeichern reduziert werden, um den Landschaftswasserhaushalt nachhaltig funktionsfähig zu erhalten.

Weiterhin setze ich mich für den Genuss von Leitungswasser ein. Dank der Trinkwasserverordnung wird unser Leitungswasser sehr streng kontrolliert. Wir verfügen hier also über das Privileg, Wasser mit top Qualität einfach aus dem Hahn zu bekommen. Und neben Plastikmüll und CO₂ spart das auch noch Geld!

EU-Strategie „From Farm to Fork“: Meine Rede im Plenum vom 13. März 2020

Eine Farm to Fork-Strategie ohne uns Agrarpolitiker ist ein No-Go. Und es ist erst recht nicht in Ordnung, über unsere Landwirte zu reden, als wären sie alle Verbrecher. Deswegen werden sie wieder und wieder auf die Straße gehen, wenn sie die verabschiedeten Gesetze nicht verstehen. Unsere Landwirte arbeiten und wirtschaften nicht nach Lust und Laune oder nach dem Motto „Viel Dünger hilft viel“, sondern sie agieren nach den Vorgaben der EU und der Mitgliedstaaten.

Wenn der designierte Klimakommissar Frans Timmermans nun Pflanzenschutzmittel drastisch reduzieren und die Qualität der Lebensmittel verbessern will - okay, aber wir fangen nicht bei null an! Es ist gängige Praxis, Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz zu reduzieren und zu optimieren. Aktuellste Untersuchungsergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung bestätigen, dass Lebensmittel aus Europa mit Abstand die sichersten weltweit sind. Es gilt, nach guten Lösungen zu suchen - nicht nach Schuldigen!

Unsere Landwirte sind für innovative Ideen offen und bereit. Aber wenn der Markt, der Verbraucher, zusätzliche Auflagen, Einschränkungen und Verbote nicht bezahlen und honorieren möchte, dann muss es das Haus Timmermans bezahlen. Wir können auf vieles verzichten im Leben, aber nicht auf unser tägliches Brot. Deshalb brauchen und schätzen wir unsere Landwirte in Europa.

Die Land- und Forstwirtschaft ist die einzige Branche, die Sauerstoff erzeugt und Kohlenstoffdioxid bindet, das heißt für gutes Klima sorgt. Ich forderte Herrn Timmermans daher dazu auf, für gutes politisches Klima zu sorgen und unsere Bauern nicht im Regen stehen zu lassen.

Klimaschutz: Mit den richtigen Rahmenbedingungen können Biogasanlagen eine Menge für die Gesellschaft leisten

Biogasanlagen gelten im Vergleich zu Windkraft- oder Photovoltaik-Anlagen als teure erneuerbare Energieerzeuger. Doch den höheren Kosten stehen auch eine Reihe von zusätzlichen Leistungen gegenüber:

- Einsparung von Treibhausgasemissionen aus Gülle und Mist
- Umwandlung von überschüssigen Nährstoffen in wertvolle, handelbare Dünger
- Energetische Verwertung von organischen Abfällen

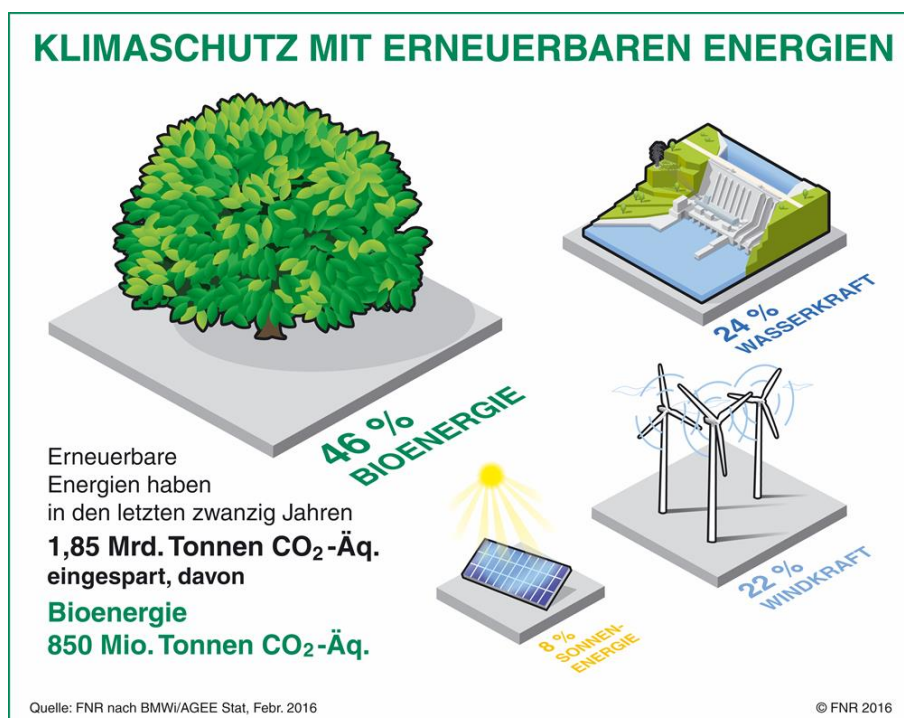
In der aktuellen Studie „MakroBiogas“ haben Autoren des Instituts für Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme (IZES), des Deutschen Biomasse-Forschungszentrums (DBFZ) und des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) nun die zusätzlichen Biogas-Benefits genauer analysiert und quantifiziert. Es wird deutlich, in welchem Maße vielfältige Leistungen für die Gesellschaft wegzuberechnen drohen, sollten die rund 9.000 Biogasanlagen in Deutschland nach dem Auslaufen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) keine ökonomische Perspektive mehr haben. „Es bedarf neuer Finanzierungskonzepte und Regularien für den Biogassektor, damit dessen positive Potenziale noch besser und auch in Zukunft zum Tragen kommen können“, so das Fazit von Bernhard Wern vom IZES, Mitautor der Studie.

Die vielfältigen Zusatzleistungen von Biogasanlagen jenseits der Strom-, Wärme- und Methanerzeugung werden gesellschaftlich oft wenig wahrgenommen und finanziell nicht honoriert. Die Autoren von MakroBiogas sehen diese tatsächlichen oder potenziellen Leistungen

vor allem in den Bereichen Nährstoffmanagement, Erosionsschutz, Fruchtfolgen, Biodiversität, Grünlandschutz, sowie in der Verwertung von Grünschnitt, Gülle und Mist oder der Entsorgung von Bioabfällen. Biogasanlagen verringern auch die klimaschädlichen Methanemissionen aus Rohgülle, die bei einer Vergärung in der Biogasanlage abgefangen und energetisch genutzt werden.

Wenn die auf 20 Jahre festgelegte EEG-Vergütungsdauer demnächst für immer mehr Biogasanlagen ausläuft, droht dementsprechend nicht nur ein Rückschritt bei der erneuerbaren Energieerzeugung - die Autoren prognostizieren bis 2035 einen Wegfall von 30 TWh erneuerbarem Strom, 15 TWh erneuerbarer Wärme aus Kraft-Wärme-Koppelung und 4,8 GW steuerbarer Leistung zum Ausgleich der schwankenden Wind- und Sonnenenergie - sondern eben auch bei den genannten Mehrwerten für die Gesellschaft.

Die Autoren der Studie plädieren dafür, den ökonomisch-regulatorischen Rahmen für Biogasanlagen anzupassen, damit diese ihre zusätzlichen Leistungen noch besser bzw. zum Teil überhaupt erst entfalten können. Ohne Biogasanlagen müssten viele der Dienstleistungen auf andere Weise erbracht und finanziert werden. Dies sollte bei der Diskussion über die Zukunft der Biogasanlagen stärker als bislang berücksichtigt werden. (Quelle: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.)



Die Zukunft der europäischen Transportpolitik: Mein Grußwort bei der parlamentarischen Veranstaltung mit ERTRAC (European Road Transport Research Advisory Council)

Die europäische Landwirtschaft ist der bedeutendste Partner bei der Bewältigung der CO₂-Neutralität im Straßenverkehr bis 2050: Sie liefert nicht nur erneuerbare Kraftstoffe, sondern sie hält die CO₂-effizientesten, preisgünstigsten und höchsten Anteile an besonders wichtiger gespeicherter Solarenergie für Mobilität und elektrische Spitzenlast in Händen.

Aber es geht um mehr als um reine Biokraftstoffe und die Bioökonomie im Rahmen eines Green Deal. Es geht vielmehr um die Frage: Wird sich die Automobilindustrie von der Landwirtschaft der Zukunft neben Biokraftstoffen auch Erneuerbare Energie aus Windkraft, Photovoltaik oder Wasserkraft sichern können? Bislang scheint niemand das gesamte Portfolio der Landwirtschaft an erneuerbaren Kraftstoffen und Energien erkannt zu haben. Die Landwirtschaft selbst vermutlich auch nicht.

Die europäische Landwirtschaft muss, aus finanziellen Gründen zuerst selbst, für ihre eigene CO₂-neutrale Mobilität sorgen. Dabei geht die Landwirtschaft von einem technologisch, finanziell und ökologisch sinnvollem Mix sowie unterschiedlicher Antriebsarten wie pflanzenöl-, biodiesel- oder biogasbetriebener Verbrennungsmotoren, E-Hybridmodellen bzw. reinen E-Antrieben aus. Für alle diese Antriebsarten kann die Landwirtschaft die Kraftstoffe selbst herstellen.

Ich bin aber in großer Sorge, wenn ich an Tesla, Musk und Brandenburg in Deutschland denke. Warum? Musk agiert gnadenlos schnell. Er hat sich z.B. sein Schnelldatennetz selbst gebaut. Ich kann mir vorstellen, dass er bei der Grundsteinlegung in Brandenburg bereits vom Flugzeug aus recherchieren wird, wem die Windräder, Photovoltaik-Flächen und Biogasanlagen, die er stehen sieht, gehören.

So wie Musk sein Schnelldatennetz selbst gebaut hat, wird das Unternehmen den zunehmenden Mangel an Erneuerbarer Energie in Deutschland dadurch lösen, dass es mit den Erzeugern Direktverträge abschließt.

Dennoch die gute Nachricht: Das Instrumentarium zur Erreichung der 2050-Klimaziele ist vorhanden. Es kann bei ökologischer und gesellschaftlicher Notwendigkeit politisch sofort verschärft werden. Ob über CO₂-Zertifikate oder eine CO₂-Steuer - der fossile Kohlenstoff in Deutschland und Europa wird auf Jahre hinaus mit wachsenden preislichen Aufschlägen „bestraft“ werden. Denn für eine Dekarbonisierung des Straßenverkehrs muss man in langfristigen, abgeschlossenen CO₂-Kreisläufen denken - und nicht in kurzfristigen Gewinnmaximierungsstrategien.

Vielen Dank!

Kontakt:

Abgeordneten-Büro Marlene Mortler, MdEP

BRU - ASP 14 E 116
Rue Wiertz 60 | B-1047 Brüssel

marlene.mortler@europarl.europa.eu
www.marlenemortler.eu